

Dresdener Volkszeitung

Verlagsort: Leipzig.
Raben & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verlagsort:
Gedr. Krüger, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Frachtlohn monatlich 2.00 M. Durch
den Post bezogen vierteljährlich 6.00 M., unter Kreuzband für Deutschland
und Österreich-Ungarn 6.00 M.

Redaktion: Zeitungsplatz 10, Tel. 25 261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Vertrieb: Zeitungsplatz 10, Tel. 25 261.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 7spaltige Kompositionszeile 30 Pf., Familienanzeigen
70 Pf., die 5spaltige Kompositionszeile 30 Pf. Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt.
Interesse sind im Voraus zu bezahlen. Für Verpachtung zur Aufnahme an dem
gekennzeichneten Tagen kann nicht übernommen werden. Für Briefbeantwortung 20 Pf.

Nr. 300

Dresden, Dienstag den 30. Dezember 1919

30. Jahrg.

Italien für Sowjetrußland

Rom, 30. Dezember. Nachdem das italienische Parlament einen Antrag angenommen hat, der die italienische Regierung auffordert, innerhalb der Entente einen Druck auszuüben in der Richtung, daß die diplomatischen und Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland baldigst wieder aufgenommen werden, werden sofort viele bürgerliche Abgeordnete das Verlangen um Rüsse nach Rußland, während von den Vertretern der Sozialisten keine solchen Schritte unternommen wurden. Die Sozialisten werden die Angelegenheit auf dem Parteikonferenz im Januar erörtern und offizielle Schritte bei der Regierung unternehmen, damit diese dem Kammerbeschluss Rechnung trage und das Dunkel über die Vorgänge in Rußland gelichtet werde.

Gegen Clemenceau

In seiner letzten Kammerrede hatte Clemenceau auch ein Loblied auf die Heldentaten der Jugoslawen gesungen, ohne dabei Italien, das eifersüchtig auf die Jugoslawen blickt, irgendwie zu erwähnen. Die französische Presse hatte diesen Teil der Rede unterdrückt, aber die italienische Presse ist dennoch in der Lage gewesen, ihn zu veröffentlichen. In Italien herrscht über die einseitige Parteinahme Clemenceaus für die Jugoslawen, die einer Mißachtung und Entwertung Italiens gleichkommt, berechtigter, heftige Erregung. Die gesamte italienische Presse weist die Ausführungen Clemenceaus mit großer Schärfe zurück. Secolo schließt seinen Leitartikel mit den Worten: „Vielleicht glaubt man jetzt in Frankreich den Augenblick für gekommen, wo es sich erübrigt, auf Italien noch irgendwelche Rücksicht zu nehmen.“ Die Artikel der übrigen Blätter sind auf den gleichen Ton gestimmt.

Bei der Erörterung der auswärtigen Politik im Senat nahmen die Redner kein Blatt vor den Mund. Mazzini kritisierte Clemenceaus Behauptung vom angeblichen Heldentum der Jugoslawen, die er im Interesse der Entente gemacht habe. Gerade das Gegenteil sei wahr. Denn die jugoslawischen Regimenter waren die zähesten Regimenter Österreichs gegen Italien. Cirillo sagte, Clemenceaus neuliche Rede war nur der Echo der Italien seit langer Zeit durch die Alliierten jenseit gewordenen Behandlung. Senator Vellerano behauptete, daß die Alliierten endlich Italiens Mißhandlung anerkennen werden. Frascara stellt den schmerzlichen Einwand fest, daß Italien durch Clemenceau und das französische Parlament nicht allein hinter Serbien, sondern sogar hinter Jugoslawen zurückgelassen wurde. Das Traurige sei, daß diese Behauptungen der Gewinn eines Teiles des französischen Volkes entsprächen. General Robilant analysierte die Absicht und behauptete, daß der angloamerikanische Kapitalismus alle Vorkämpfer mit Hüfen träte, deutsche Gebiete und Langjäh ebenfalls den Polen ausscherte, wie er Pläne den Italienern vorenthalte.

Eine Entschuldigung

Rom, 30. Dezember. Der französische Vorkämpfer Carrère hatte eine mehr als einseitige Unterredung mit Nitti. Carrère d'Italia teilt mit, der Besuch sei nicht amtlicher Natur, er sei lediglich ein Privatbesuch des Vorkämpfers, um die bekannnten Klärungen Clemenceaus zu entschuldigen und zu erklären.

Sitzung des Obersten Rates

Paris, 30. Dezember. Der Oberste Rat hat sich Montag früh versammelt und beschäftigte sich nicht mit der Deutschland gegenüber einnehmenden Haltung. Er beendete sich darauf, die Antwort aus Berlin abzuwarten. Marschall Foch wählte der Sitzung einige Zeit. Der Oberste Rat befaßte sich mit der Lage in den baltischen Provinzen. Die Klärung der baltischen Provinzen durch die deutschen Truppen kann als dringend betrachtet werden. Die Vertreter des Obersten Kommandos der Alliierten Truppen haben sich Montag nachmittags mit den deutschen Vertretern, dem Major v. Sittler und Michaelis, verhandelt, um die Bedingungen festzusetzen, unter denen der Transport der für die Abgrenzungsbereiche bestimmten Alliierten Truppen der für die Abgrenzungsbereiche bestimmten Alliierten Truppen stattfinden solle. Ebenso versammelten sich die Vertreter der Alliierten, die sich mit der Verwaltung in den Abgrenzungsbereichen befassen sollen, am Montag nachmittags 4 Uhr unter dem Vorsitz des Generals de Raub. Sie bereiten die Verhandlungen vor die sehr bald mit der deutschen Kommission unter Vorsitz des Gen. Rates stattfinden sollen.

Vor der Präsidentschaftswahl

Paris, 30. Dezember. Für die Wahl des Präsidenten der Republik, die voraussichtlich am 17. Januar in Versailles stattfinden wird, wurden umfassende Vorbereitungen getroffen, zumal man befürchtet, daß sich die Wahl ähnlich der im Jahre 1893 sehr bewegt abspielen könnte. Die Polizei von Versailles wird durch 500 Gendarmen und 4500 Soldaten verstärkt.

Um den Rhein

Paris, 30. Dezember. Sauerwein, der Auslands- und internationalen Politik meldet aus Rotterdam, daß interessierte holländische Kreise gegen die Artikel 354 bis 362 des Friedensvertrags von Versailles protestieren und sich weigern würden, das darin enthaltene internationale Regime für den Rhein anzunehmen. Einer Meldung aus Amsterdam zufolge, erklärte Camille Huysmans in einem Artikel über die internationale Lage, daß Europa, wenn die Demokratie des Westens weiterhin ihren Regierungen erlauben, ihre blinde Politik des trassen Egoismus fortzusetzen, zugrunde gerichtet werde. In England, von wo er gerade herkam, seien selbst die heftigsten Gegner Lloyd Georges davon überzeugt, daß Frankreich Schuld daran sei, daß der Friedensvertrag noch nicht ratifiziert wurde. Die Französischen Chauvinisten seien mit dem Friedensvertrag nicht zufrieden. In englischen demokratischen Kreisen nehme man an, daß die Ratifikation hinausgeschoben werde in der Hoffnung, daß Deutschland zur Verzweiflung getrieben, Widerstand biete, was ein guter Vorwand sein würde, um die Hilfe der britischen Truppen zwecks Annexion des linken Rheinufers in Anspruch zu nehmen. Wenige Diplomaten und Staatsmänner der verbündeten und assoziierten Mächte, die den Völkerbund unterzeichneten, hätten wirklich Vertrauen in die Kraft der darin festgelegten Grundzüge. Die Einflüsterer unter den Militaristen und Politikern bei den Verbündeten trieben öffentlich Spott mit dem Völkerbunde.

Die Tragödie von Dmsf

Amsterdam, 30. Dezember. Wie die Times aus Frankfurt entnehmen, ist die Tragödie von Dmsf noch nicht mit dem Fall der Stadt und der Regierung beendet. Das Leiden der Flüchtlinge während der Eisenbahnreise in östlicher Richtung ist unbeschreiblich. Ganze Züge wurden von den halb erfrorenen Passagieren als Brennmaterial verwendet. Viele Personen sind erstickt. Infolge des Falles von Dmsf, der eine große Katastrophe bedeutet, sind gründliche Änderungen in der Regierungsform nötig geworden. Wahrscheinlich wird lokale Autonomie eingeführt werden und wird eine Union zwischen Ost- und Zentralrussland zustandekommen. Die Schwerverletzten, die sich hierbei befinden, sind sehr groß. Ein Antrag der Generale Dietrich und Senikow bezweckt die Einführung von Autonomie für die baltischen Provinzen, wobei die Rechte der verschiedenen Klassen unter einer Zentralregierung garantiert werden sollen. Die ökonomische Krise drückt schwer auf die Arbeiter; ein Rubel hat jetzt nur noch den Wert einer Kopfe.

Eine Millionenbeute

Paris, 30. Dezember. Die Denikinische Freiwilligenarmee hat bei der Station Keskurov 24 Eisenbahnwagen erbeutet, die den ganzen Staatschatz Poljarsk und das Staatsvermögen der ukrainischen Staatsbank enthielten. Nach Schätzungen sollen die beschlagnahmten Vorräte an Gold, Silber und Banknoten einen ungefähren Wert von mehreren Millionen Rubeln haben.

Internationale Studentenkommision

Berlin, 30. Dezember. Das Aktionskomitee der Internationalen Studentenkommision in seiner Londoner Tagung die Entsendung einer Kommission nach Deutschland, um die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu studieren und darüber in der am 28. Februar in Rotterdam stattfindenden Konferenz Bericht zu erstatten. Diese Kommission wird aus vier Mitgliedern bestehen, und zwar aus dem Franzosen Rist, dem Holländer Sibaut dem Engländer Genderson, dem Belgier Huysmans, dem Generalsekretär der zweiten Internationalen.

Landesverräter

Die Franzosen setzen ihre barbarische Vernichtungspolitik gegen das deutsche Volk unbarbarisch fort. Die Verurteilung der Brüder Roehling zu zehnjähriger Zuchthausstrafe, an sich eine unerhörte Brutalität, wird zur erbärmlichen Justizkomödie vor aller Welt durch die Hinzufügung einer Geldstrafe von 20 Mill. Franken, welche natürlich selbst die schwerkriegsreichen Brüder Roehling nicht zahlen können und welche dazu hilft, das nächste den Stummischen Werken die größten Industrieunternehmen des Saarreviers für Frankreich zu stellen. Mord und Diebstahl durch Raubüberfall — weiter nichts! Und so fern von jedem wirklichen Recht wird mit jedem Deutschen verfahren werden, der durch Auslieferung oder auf andere Weise in die Hände der Feinde gerät, die nach Georg Bedebours trefflichen Worten brutaler sind als irgend ein Sieger seit dem Siege Roms über Karthago. Dieses Wissen hält die unabhängige Presse nicht ab, immer wieder zu fordern, nicht nur, daß wir uns dem Zwange fügen, dem wir nicht mehr ausweichen können, sondern auch, daß wir freiwillig und überfällig möglichst viele deutsche Volksgenossen in die Hände der „Fanatiker des Rechts“ an der Seine liefern.

„Nationalistischer Landesverräter“ nennt die Freiheit das Vorgehen gewisser reaktionärer Kreise am Rhein. Es handelt sich dabei besonders um den Fall des Justizrats Lande aus Elberfeld, eines alten und bewährten Parteigenossen, den das preussische Staatsministerium auf Vorschlag Heines zum Regierungspräsidenten in Düsseldorf ernannt hat. Dagegen haben gewisse schwarze und schwerindustrielle Landesverräter bei der belgischen Besatzungsbehörde intrigiert, weil ihnen selbst der Landesfeind lieber ist als der deutsche Sozialdemokrat. Und die belgischen Fremdherrn haben unter Berufung auf die Stimmung der Düsseldorfser „Bevölkerung“ Landes Einsetzung als Regierungspräsident abgelehnt. Die preussische Regierung brandmarkt dieses Treiben in einer noch recht zurückhaltenden Notiz, der eben die Freiheit die zutreffende Ueberschrift gibt: „Nationalistische Landesverräter“.

Diese Kennzeichnung trifft in erster Linie auch die Tägliche Rundschau, die zur Maßregelung des Genossen Lande durch die Belgier bemerkt:

„Es befällt mich leider, daß die heutige deutsche Regierung ihre Leute immer mehr in der Verwaltung unterordnet, und es ist ganz begreiflich, wenn Bemerkungen gegen diese Parteiverfälschung, wie sie auch immer vorhanden sind, von demjenigen Teil der deutschen Bevölkerung benutzt werden, der sich dieses Partei- noch nicht gefallen lassen will.“

Die Tägliche Rundschau findet es also „begreiflich“, wenn man sich wegen irgendwelcher innerpolitischen Schmerzen an den Landesfeind wendet. Wui Teufel über solches landesverräterische Gesindel! Nur ganz nebenbei sei bemerkt, daß Lande der erste Sozialdemokrat gewesen wäre, der in der Rheinprovinz einen höheren staatlichen Verwaltungsposten bekommen hätte und daß an der Befähigung dieses alten erprobten Juristen selbst der größte Stänker nichts auslegen könnte.

Wir haben für die Erzkerker am Rhein und die Deutschnationalen in Berlin, die aus But über den Verlust ihrer Alleinherrschaft Landesverräter üben, nur grenzenlose Verachtung. Aber es ist gut, daß die Freiheit ihre Notiz mit der Stichmarke verzieht: Nationalistische Landesverräter. Es ist nämlich in Deutschland zwei Sorten Landesverräter, die Nationalisten und die Unabhängigen. Die Tägliche Rundschau findet es „begreiflich“, wenn die Deutschnationalen Landesverräter verüben. Und die Freiheit findet es gewiß „begreiflich“, wenn die Einziger Volkszeitung eine große Reaktion des deutschen Proletariats fordert, damit Vindenburg und Ludendorff an Frankreich ausgeliefert würden — noch ehe die Entente sie verlangt hat. Die Sozialdemokratie und die Arbeiterklasse im allgemeinen steht in der vordersten Reihe des Kampfes gegen den äußeren Drückler. Die Sache der deutschen Nation ist zur Sache der deutschen Arbeiterklasse geworden, die Würde des deutschen Volkes ist in unsre Hand gegeben, und wir wahren sie besser, als die „Stiefelknecht der bluttriefenden französischen Generale“ — so nennt Lenin die Unabhängigen — und als die profit-ängstlichen Surrapatrioten, die beim Belgier Schutz gegen die preussische und deutsche Regierung suchen.

Die Masse des deutschen Volkes hat begriffen, daß die Sozialdemokratie das deutsche Allgemeininteresse wahr. Beweis dafür unser überwältigender Wahlsieg in dem einst so schwarzen Aachen, wo die Mehrheitssozialisten beinahe die absolute Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung erreicht haben und die Unabhängigen, die Liebhaber der Ententegeneräle, ganz ausfallen.

Um den Kern des Problems zu erfassen, müssen wir die Fragen des Breites wissenschaftlich vorzuziehen auf den Wert der Waren zurückzuführen. Die Arbeit ist nicht nur die Quelle des Reichtums, sondern der Wert der Ware entspringt auch der Menge gesellschaftlich notwendiger Arbeit, die in ihr steckt. Wenn früher ein Arbeiter täglich einen Stuhl fertigte, so bedurfte er dazu nur einer bestimmten Menge Lebensmittel, in der er gleiche Arbeitsleistung leistet. Die Arbeitsleistung in der Industrie ist nun außerordentlich gestiegen. Es ist es ganz verständlich, daß die Lebensmittel teurer und die Lebenshaltung der Industriearbeiter schlechter wird. Und wenn auch die Arbeitsleistung in der Landwirtschaft sinkt, so wird die Menge der zur Verfügung stehenden Lebensmittel geringer und dadurch die Lebenshaltung der breiten Masse wiederum niedriger. Die Vorgänge werden dadurch kompliziert, daß nicht der volle Arbeitsertrag den Arbeitenden zugeht, sondern ein Teil davon vom Unternehmer vorweggenommen wird. Dieser Anteil des Unternehmers ist heute größer als jemals zuvor, denn außer dem gewöhnlichen Unternehmer tritt am deutschen Arbeitsmarkt die große Konkurrenz, und was sie verschlingt ist mehr, als was je der deutsche Kapitalist betreiben hat. Aber diese Lage ändert nichts an dem Grundgesetz, daß die Lebenshaltung des Arbeiters wie der breiten Volksmasse überhaupt, mit der Intensität ihrer Arbeit steigt und fällt.

Durch den Krieg sind die Gelder in allen Ländern verknüpft oder herabgewirtschaftet, die Produktionsinstrumente verknüpft oder heruntergewirtschaftet. Außer der Versorgung des Volkes muß die Arbeit jetzt noch ein Plus für den Wiederaufbau der Wirtschaft erzeugen, sonst leiden wir empfindlich an Nahrungsmittelknappheit, Mangel an Rohstoffen und allgemeiner Mangel. Diese Aufgabe kann nur durch angespannte Arbeit gelöst werden. Die Preisverhältnisse sind relativ günstig: ob das Brot drei Mark kostet und der Wochenlohn 50 Mark beträgt oder ob das Brot fünf Mark kostet und der Wochenlohn auf 100 Mark normiert ist, das ist ziemlich belanglos gegenüber der Frage, wieviel Brot überhaupt im Lande vorhanden ist. Waren schaffen, Werte erzeugen, das ist das einzige, was die wirtschaftliche Lage der breiten Volksmassen heben kann. Sozialismus ist Planwirtschaft, ist auf die beste organisierte Arbeit. Aber vor allem Arbeit! Daß diese Arbeit dem Arbeitenden selber in möglichst weitem Maße zugute kommt, das ist eine hochwichtige Aufgabe. Aus der Not führt uns nur die Arbeit auf den Weg zur Rettung. Ein Erfolg der gegenwärtigen Regierung besteht darin, daß in den letzten Monaten die Arbeitsleistung wieder steigt. Wenn sie das in den folgenden Monaten in noch höherem Maße tut, dann und nur dann wird das Elend allmählich von uns weichen.

Der französische Militarismus

Amerika drängt auf Frieden. Es scheint, daß die amerikanische Außenpolitik mit dem langwierigen Frieden des Senats wohl jetzt zufrieden ist. Die Associated Press meldet, haben die Anhänger der republikanischen und die der demokratischen Partei beschlossen, einen mächtigen Druck auf ihre Vorgesetzten auszuüben, damit ein Vergleich erreicht wird, der die Ratifikation des Friedensvertrages sofort bei dem Zusammentritt des Senates in den ersten Tagen des Januar sichert.

Für Elsass-Lothringen wird die Herbeiführung des Friedenszustandes keine Erleichterung bedeuten. Von vorein im Gegenteil schon jetzt eine verstärkte militärische Besetzung Elsass-Lothringens vor. Die französische Regierung hat beschlossen, von einer Aufhebung des militärischen Zustandes in Elsass-Lothringen auch nach dem Inkrafttreten des Friedens zunächst abzusehen und auch im Verkehr mit Deutschland vorläufig keine wesentlichen Veränderungen einzutreten zu lassen. Die Einreise von Zivilisten in das Elsass wird nur in besonderen Fällen mit Erlaubnis der Straßburger Bahnhofsbehörde gestattet. Die Stadt Straßburg hat in den letzten Tagen weitere Truppenzunahme erhalten. Sie hat seit dem Waffenstillstand bisher die größte Truppenmacht. Die Kasernen sind mit Soldaten und weißen Franzosen, darunter viele Reservisten, überfüllt. Die Bürgerquartiere sind mehr denn je in Anspruch genommen. Wozu jedes Haus beherbergt einen oder mehrere französische Soldaten und Offiziere. Der Ausbau der Festung wird ständig fortgesetzt.

Der Vorlese Presse zufolge tritt der französische General Degoutte sofort nach Inkrafttreten des Friedensvertrages das Oberkommando über die französischen, belgischen und englischen Besatzungsmächte in den Rheinlanden an.

Kein Friede mit Rußland

Der polnische Minister für auswärtige Angelegenheiten Pater sagte einem Redakteur des Matin, er gebe nach Paris und London, um den Plan einer engeren Zusammenarbeit der Alliierten mit Polen zu besprechen. Der Augenblick werde bald kommen, wo man von einem polnischen Bündnis mit Frankreich und England sprechen könne. Ein solches Bündnis sei es wichtig, das militärische Bündnis gegen Rußland zu lösen. Die ganze Politik der Alliierten gegen Rußland bause sich darauf auf. Man habe in London beschlossen, mit den Polakem einen Frieden zu schließen. Diese polnische Politik sei natürlich eine aktive Politik der Bolschewisten nicht. Er habe den Alliierten diesen gesagt, das Frühljahr werde nach dieser Richtung Überwindungen bringen; er wisse mit Bestimmtheit, daß dann die bolschewistischen Dore vorrücken würden.

5000 Waggons für Oesterreich

Wien, 20. Dezember. Die aus diplomatischer Quelle mitgeteilt wird, hat die französische Regierung, um die Rückführung von Rohstoffen aus der Riedschiffahrt an Oesterreich zu erleichtern, beschlossen, 5000 Waggons zur Verfügung zu stellen. Außerdem soll die Eisenbahnverkehrsleistung unter Leitung eines französischen Ingenieurs reorganisiert werden, so daß diese am 15. Januar ihre Arbeit beginnen könnte.

Streitgefahr in Elsass-Lothringen

Basel, 20. Dezember. Die die Post, Nationalist, aus Elsbahnen entzogen, sind die Leambahnangestellten plötzlich wieder in den Streik getreten. Ferner hat das gesamte Buchdruckgewerbe des Elsas einen neuen Lokout für 1920 vorgelegt. Es ist zu befürchten, daß die Verhandlungen in einem Generalkonflikt für ganz Elsass-Lothringen endigen werden.

Wilhelm und Nikolaus

Berlin, 20. Dezember. Bei der vom Pariser Journal angeführten Veröffentlichung des privaten Briefwechsels zwischen Wilhelm II. mit dem früheren russischen Zaren handelt es sich um 72 Briefe und zwei Entwürfe von Geheimverträgen. Die angeblichen Briefe sind in englischer Sprache gehalten und sollen kurz nach der russischen Revolution mit Erlaubnis Lenins von einem amerikanischen Journalisten photographiert worden sein.

Eine Verteidigungsschrift des Grafen

Der Kaiser bringt einen Bericht Generalmeins, der 56 vor kurzem in Amerongen weilte, und der behauptet, daß der frühere Kaiser eine Verteidigungsschrift verfaßt habe. In den Hauptpunkten stimmt sich der Kaiser erstens darauf, daß er, wie aus den russischen Akten hervorgeht, der Ansicht war, Oesterreichs Ansprüche seien begründet, als er die persönliche Antwort an Oesterreich zur Einsicht schickte. Zweitens erklärt der Kaiser, daß England den Krieg dadurch entfesselt habe, daß es seine Vermittlung ablehnte, Petersburg und Paris zu einer klärenden und ruhigeren Haltung anzuregen. Ferner behauptet er, seine Konzeptionen aus den verschiedenen Akten hätten einen vollkommen persönlichen Charakter und durchaus keinen Einfluß auf die Beschlüsse der Regierung gehabt. Die Verteidigungsschrift ist an den König von England gerichtet.

Heimkehr aus England

Wie wir bereits gestern meldeten, hat der Justizminister von seinem bisher in englischer Gefangenschaft befindlichen Sohn ein Telegramm erhalten, in dem dieser seine baldige Heimkehr ankündigt. Unterm 20. Dezember teilt nun die Reichsjustizstelle für Kriegs- und Zivilgefangene mit: Seine treffen in Bremerhaven 741 Offiziere und 250 Mannschaften, in Wilhelmshaven 632 Offiziere und 202 Mannschaften aus englischen Gefangenenlagern ein.

Deutsches Reich

Bürgermeisterwahl

Berlin, 20. Dezember. Den Abendkandidaten gelang es nicht bei der Oberbürgermeisterwahl in Gotha der erste Bürgermeister Scheffler in Gotha, der Kandidat der bürgerlichen Parteien und der Reichslisten 11188 Stimmen, der Kandidat der Unabhängigen 6688 Stimmen. Die Wahlbeteiligung betrug 70 Prozent.

Demonstrationen in Hannover

Hannover, 20. Dezember. Die wegen Kohlenmangels erfolgte Einstellung des gesamten Straßenbahnverkehrs hat in Hannover große Unruhe hervorgerufen. Seitens vorzeitig gehen etwa 6000 Beamte und Arbeiter der Straßenbahn vor das Amtszimmer des Kohlenkommissars, hatten den Kommissar Bergert Schloffer heraus und führten ihm zum Direktionsgebäude der Straßenbahn, um ihn dem Direktor Sottes gegenüberzustellen. Da mehrere Robellen inj. bei des Kohlenmangels ebenfalls stützten, ist die Gefahr groß, Unruhen im Arbeiterstand wegen des Kohlenmangels und Einstellung des Straßenbahnverkehrs ihre Absicht nicht erreichen.

Ausland

Schweiz

Für die Internationale

Aus Bern wird gemeldet: Das Zentralkomitee der Schweizerischen sozialistischen Partei wird in der ersten Hälfte des Januar zusammentreten, um die Möglichkeit zu besprechen, die Sozialisten der ganzen Welt zur Wiedererrichtung der Internationale einzuberufen.

Dänemark

Drohender Arbeiterausfall

Kopenhagen, 20. Dezember. Politiken meldet aus Stockholm: Infolge Einführung des achtstündigen Arbeitstages am 1. Januar verlangen die Arbeiter als Ausgleich neue Lohnerhöhungen. Das Angebot der Arbeitgeber auf Erhöhung des Stundenlohnes ohne Erhöhung der Arbeitszeit wurde von den Arbeitern abgelehnt. In mehreren Industriezweigen droht für den 1. Januar ein Ausstand von 50 000 bis 60 000 Arbeitern.

Schweden

Kredite für Deutschland

Kopenhagen, 20. Dezember. Laut Meldung der Nationalbank aus Göteborg haben die schwedischen Schiffsexporteur am Sonnabend die Beschaffung eines privaten Kredits an Deutschland beschlossen, damit die Schiffsausfuhr nach Deutschland fortgesetzt werden könnte, bis der schwedische Staat helfend eingreife. Schweden.

Italien

Das französische Gelbbuch

Paris, 20. Dezember. L'clair beschäftigt sich eingehend mit dem vom französischen Ministerium für auswärtige Angelegenheiten herausgegebenen Gelbbuch. Das Blatt behauptet, das Gelbbuch beweise, daß schon 1902 Italien Verpflichtungen übernommen habe, sich an keinem Angriff gegen Frankreich zu beteiligen. Das Blatt veröffentlicht Berichte des Volschiffers

Barrère, des Vardese Bisconti-Penosa und des Ministers des Äußern Brinetti, namentlich über die Unterhaltungen, die sich zum Teil auf die Erneuerung des Dreibundes beziehen.

Der L'clair fährt fort, die Dokumente seien von allerhöchster Bedeutung, weil sie den klaren Beweis liefern, daß die Haltung Italiens bei Beginn der Feindseligkeiten, seine Neutralität, vorausgesehen war.

Gewerkschaftsbewegung

Aus dem Buchbinder-Verband

Ind wiederholt, wie man uns schreibt, in der U. V. Z. einstellende und verändernde Beschlüsse der Gewerkschaften. Vor längerer Zeit schon wurden den Vorständen Beschlüsse erteilt, um ihn in der Dekret-Haltung herabzusetzen, Beschlüsse unterworfen, die gänzlich falsch dargestellt sind. Lange hat unendlich viele Male öffentlich die unzulänglichen Verhältnisse geäußert, aber auch dies erklärt, daß nur der höchste Kampf und oftmals gewalttätige Verfahren von den Beschlüssen der Gewerkschaften die alleinige Schuld daran trage. In der jüngsten Beschlüsse hat er wieder darauf hingewiesen und die dadurch erleichterte Arbeit bei Verhandlungen und die große Mithetragung der Kommissionen geschildert. In Bezug auf die letzte Lohnbewegung hat er hervor, daß es unter solchen Umständen keine Möglichkeit gewesen sei, die Lohnforderungen, die nicht nur, wie in der U. V. Z. angegeben wurde, 15 %, sondern in den meisten Fällen bei den Beschlüssen 20 bis 25 % betragen, herauszuholen. Von „übermäßig großen Erfolgen“ ist nicht geredet worden.

Bei dieser Gelegenheit schilderte Lange auch, wie wenig gerade einige unserer Verbände an Kriegsgewinnen beteiligt waren und wie manche Inhaber von Kleinbetrieben tüchtig lamentiert und vom Lohnlegen der Betriebe geklagt hätten; er habe aber geantwortet, daß Stilllegungen zwar bebauert würden, aber deshalb die Fortsetzung aufrechterhalten werden müssen. Das ist das direkte Gegenteil dessen, was in der U. V. Z. berichtet wurde. Hieraus geht auch hervor, daß es Unwahrscheinlichkeit oder gewollte Schlußfolgerung ist, wenn Lange die „Auslösung einer Erfolgslage“ sowie das Bemühen um Fortschreibung der Kleinbetriebe nachgelagt wird.

In der U. V. Z. vom 20. Dezember wird zur Beamtenschaft geschrieben, sie sei nicht einmündig von der Verbändeleitung „inzentriert“ worden, man hätte den Eindruck gehabt, als läme es ihr hauptsächlich auf die Wahl Galsch an. Abgesehen davon, daß eine besondere Kommission, in die auch Oppositionelle gewählt wurden, diese Angelegenheit leitete, muß zum besten Verständnis erwidert werden, daß vor dem Wahltag noch niemand wußte, daß der auswärtige Vertreter sich zur Opposition bekannte und daß Galsch schon fast ein Jahr lang von ausgetriebenen Posten mit Umstände geleitet hatte, also fast völlig eingearbeitet ist, was der andere Kollege trotz aller sonstigen Unzulänglichkeiten nicht sein konnte. Darüber könnten die oppositionellen Mitglieder der Kommission und des Vorstandes bei etwas gutem Willen genügend Aufschluß geben und sie müßten nachhaltig gegen die Jaungis davon ablegen, daß die ausgesprochenen Verböhlungen hallos sind.

Auf andere Verbändeheiten soll nur noch folgendes erwidert werden: Um den in letzter Zeit bemerkbaren politisch gearteten Streikereien, die der gewerkschaftlichen Geschlossenheit empfindlich schaden können, zu begegnen, ist im Vorstand beschlossen worden, einen Handel mit politischen Scheitern und Zeitungen in unsere Gewerkschaftsverbände zu schließen. Der Kollege Bode, der nebenbei gesagt, trotz seiner 40 Jahre erst seit einigen Wochen Mitglied ist und über dessen früheren verbandschädigenden Treiben in gegenseitig einmal geurteilt werden kann, verfaule vor Versammlungsbeginn Zeitungen. Lange hat ihn auftragsgemäß in ruhiger Weise auf den Beschluß hingewiesen; da es sich aber in diesem Falle um eine gewerkschaftliche Schlichtung handelte, hat Lange von Weiterungen abgesehen; natürlich hätte er auch keine Veranlassung, diese Sache öffentlich noch zu behandeln.

Im allgemeinen ist zu bemerken, daß, wenn keine Abwägung vorliegt, nur gänzlich unerfahrene solche Berichte an die U. V. Z. einfließen, die ehrliche Oppositionelle auch nur als Vermittler bezeichnen müssen. Weiter müßten sie bezeugen, daß gerade der Kollege Lange seit Austausch des Reichsamtstretles gesellschaftlich ein vorbildliches und tadellofes Verhalten bestritten hat, was selber von manchen andern nicht gesagt werden kann, wodurch für die Zukunft auch dem Unparteilichsten eine gerechte Leistung der Geschäfte ersichtbar wird zum behauerlichen Schaden der Gewerkschaft und zum Gaudium der Gegner.

Aus aller Welt

Jurisch-wissenschaftliche Auswanderer

Einer Gruppe deutscher Auswanderer aus Hamburg, die über Holland weiterreisen wollte, wurde die Genehmigung zur Übersee-Reise der Grenze verweigert. Sie sind nach Hamburg gefahren worden. Gründe unbekannt. Zweifellos wird die Regierung in der Kammer darüber interpelliert werden.

100 Millionen-Spende Rockefeller

Der Rockefeller hat je 50 Millionen Dollar für das Erziehungsamt und die Rockefeller-Stiftung spendet. Rockefeller's Stiftungen folgen damit auf 100 Millionen Dollar.

Eine polnische Univerf. in Oderschlesien

Vor einigen Tagen ist in Oderschlesien eine polnische Volkshochschule ins Leben gerufen worden. Nun hat sich auch der Vorstand dieser Univerf. als die Volkshochschule amlich bildet, gebildet. Direktor ist der Gymnasial-Oberlehrer Professor Schimke in Rohnschütze. Vorlesungen werden in Deutsch, Polnisch, Pönböhrung und Rationell gehalten. Die Eröffnung wird Mitte Januar erfolgen.

Letzte Telegramme

(Eigene Drahtmeldungen.)

In Erfüllung des Friedensvertrages

Berlin, 20. Dezember. Auf Befehl der französischen Behörde beginnt in der ersten Januarwoche im besetzten Gebiet Ausmusterung von Pferden und Vieh durch französische Kontrollen. Die besten Tiere werden jeweils für die Auslieferung nach den Bestimmungen des Friedensvertrages ausgewählt und den Deutschen abgeliefert, die von der deutschen Regierung entschädigt werden müssen.

Belagerungszustand über Irland

Basel, 20. Dezember. Die Verhinderung meldet aus London: Der Nijelung French hat über Irland den provisorischen Belagerungszustand verhängt und außerordentliche Kriegsgerichte eingesetzt.

Die Fassung der japanischen Sozialisten

Genoa, 20. Dezember. Die sozialistische Partei Japans konnte den 7. Kongress der russischen Sozialisten einsehen, in dem sie ihr Bekenntnis ausdrückt, daß sie nicht fest genug sei die japanische Regierung von ihrem Auftreten in Sibirien zurückzuhalten. Früher oder später würde aber auch in Japan die rote Fahne wehen.

Sächsische Angelegenheiten

Zusammenschluß der sozialdemokratischen Lehrer Sachsens

Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer Dresden hatte zum 20. Dezember d. J. alle Lehrer Sachsens, die Mitglieder der S. P. D. sind, im Anschluß an die Vertreterversammlung des Sächsischen Lehrervereins in Dresden eingeladen. Es sollte über den Zusammenschluß aller S. P. D.-Lehrer zu einer Bezirksgruppe Sachsens der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer Deutschlands beraten und beschlossen werden.

In der Begrüßungsansprache gibt der Vorsitzende seiner Freude Ausdruck, daß die Zahl der gekommenen Genossen so groß ist. Er wünscht, daß die Versammlung dazu beiträgt, daß die einzelnen Lehrer sich mehr kennen lernen. Vor einem Jahre war der Stand der Bewegung noch sehr klein; aber man hatte große Hoffnungen, zu große vielleicht, sie sind nicht alle eingetroffen, meistens weil der Zusammenschluß fehlte. Er wünscht und bittet die Versammlung, alles zu tun, um den guten Eindruck der Einigkeit nicht zu vermindern. Es folgt der Bericht über den Stand der Lehrer-Arbeitsgemeinschaften in Sachsen, die aus allen sozialistischen Parteien Mitglieder aufnahmen. Leider hat man sich getrennt an dem Glauben eines angenehmen, erfolgreichen Zusammenarbeitens; die Anhänger der U. S. P. neigten zu unangenehmen Querstreifen; man mußte sich trennen. Eine längere Geschäftsordnungsdebatte ergab, daß die beiden Vertreter des Verbandes aller sozialistischen Lehrer und Lehrerinnen zu der heutigen Sitzung als Gäste zugelassen werden. Genosse Arzt ergreift das Wort. Ausgehend vom Zusammenarbeiten der sozialistischen Lehrer aller Parteien, stellt er fest, daß das unelastische Spalten der Parteien an sich leider auch auf die Lehrer übergriffen hat. Er glaubt aber, daß sich die sozialistischen Parteien aus der Arbeiterkraft heraus emigrieren werden. Aber die Schulpolitik soll von der Parteipolitik nicht zu sehr abhängig, sondern Sache der Lehrervereine sein. In der Arbeitsgemeinschaft sollte das nachgeholt werden, was die Lehrer auf den Seminaren an sozialistischer Bildung nicht erhalten haben. In der praktischen, politischen Arbeit müsse aber eine reinliche Scheidung der politischen Meinung stattfinden. Bei dem starken Strömungsluft der Mehrheitssozialisten, der Festlegung der bisherigen Parteiführer und Agitatoren in Regierungsämtern ist gerade der Lehrerstand dazu berufen, unsere sozialistischen Grundzüge zu verbreiten; bei den kommenden Wahlen sind wir nur auf unsere Kräfte angewiesen. Eine Einigung mit den Unabhängigen ist nicht aufzulaufen gekommen, trotzdem wir fast unter Aufgabe unserer Parteilehre der U. S. P. D. nachgelassen sind. Die Einigung ist gescheitert, weil die U. S. P. D. — offiziell angebend, daß die Meinungen über das Rätesystem in der Partei selbst nicht klar sind — an dem Rätesystem festhält. Die U. S. P. D. besteht eben aus Leuten, die selbst unter sich nicht einig sind, sondern einer wie der andere verschiedener Meinung ist. Sie treiben Kinder spiel. Wir können mit solchen Leuten nicht partiiieren. Aus all diesen Gründen sollen sich die Lehrer, die S. P. D.-Mitglieder sind, zusammenschließen. (Lebhafter Beifall.) Als erster Debatterredner sprach Genosse Drange, der Vertreter Groß-Berlins im Verbands aller sozialistischen Lehrer und Lehrerinnen, der seinem Verband, in dem auch die U. S. P. D. die Mehrheit habe, in allen Farben anpreist und sich gegen den Zusammenschluß wendet. Festhalten möge aber werden, daß die Lehrer in der Einigkeit mit dem Sozialismus mit besserem Beispiel vorangehen, als In die der kommenden Einigkeit. Die Ausführungen des Genossen Drange werden vom nächsten Debatterredner stark angezweifelt. Sekretär Dr. Wünsche, Böbau, ist für den Zusammenschluß, weil er glaubt, daß man am besten durch Zusammenschluß den linken Flügel der S. P. D. stärken kann. Genosse Arzt hält das Schlußwort: Die weitgehende Ansprache sei sicherlich wertend für die Versammlung gewesen. Er forderte die Lehrer auf, dort draußen im Lande mit Energie sich die Stellung zu erkämpfen, die ihnen als wahrer, aufständiger Volkserzieher zukommt. Wenn die Lehrer praktische Arbeit in der Politik leisten wollen, dann muß reinliche Scheidung der Meinung stattfinden im Zusammenschluß aller Lehrer der S. P. D. Wir wollen keine Vermischung, sondern Arbeit. (Lebhafter Beifall.) Durch Annahme eines Antrags Dresden wird der beabsichtigte Zusammenschluß herbeigeführt. Als Bezirksvorstand wird gewählt: Schulze, Dresden, Arzt, Dresden, Dr. Schumann, Dresden, Dr. Wünsche,

Wöben, Müller, Chemnitz, Vossia, Juidau, Bergsch, Köhny. Als Vertretung werden 2 W. und 3 R. für Berlin pro Mitglied und Jahr festgesetzt. Auf die Berichte aus dem Lande wird verzichtet.

Protestationen der Schuldirektoren

Der Verein Sächsischer Schuldirektoren hielt für seine Mitglieder am 27. Dezember in Dresden aus den Bezirken Dresden I, II und III, Pirna, Reichen, Kamena, Großschönau, Freiberg und Dippoldiswalde eine zahlreich besuchte Versammlung ab. Der Vorsitzende, Herr Direktor Bödgold aus Dresden, sprach über die Lage, wie sie durch das Uebergangsgesetz geschaffen worden ist. Die Direktoren stellen sich als Peinliche auf den Boden des neuen Gesetzes, sie bekämpfen aber aufs schärfste die Bestimmungen, durch die sie rechtlich und wirtschaftlich geschädigt werden. Sie müßten sich im Gegensatz zu § 9 des Uebergangsgesetzes, das sie einer Neuwahl aussetzen will, auf den Standpunkt stellen, daß ihre Stellen unfundierbar seien. Schließlich wurde folgende Entschließung in dieser Versammlung gefaßt:

Die in Dresden versammelten Schuldirektoren erheben erneut den schärfsten Einspruch gegen die Bestimmungen in § 9 des Uebergangsgesetzes, wonach die jetzt im Amte stehenden Schuldirektoren nach Ablauf einer 3-jährigen Frist sich zur Wiederwahl stellen sollen. Diese Bestimmungen enthält eine unerhörte Rechtsverletzung. Sie steht in direktem Widerspruch zur Reichsverfassung, die die wohlverordneten Rechte der Beamten als unverletzlich bezeichnet, im Widerspruch zur Kundgebung der Revolutionsregierung vom 16. November 1918, im Widerspruch zum sächsischen Zivildienstgesetz und im Widerspruch zu der amtlichen Anstellungsurkunde. Durch diese sind die jetzigen Schuldirektoren eben als Direktoren für die betreffende Schule verpflichtet worden. Die Forderung, daß die Direktoren, wenn sie zum Schulleiter nicht wiedergewählt werden, an ihrer Schule als Lehrer weiter tätig sein sollen, legt sie in der öffentlichen Achtung herab und bedeutet für sie eine Entwürdigung und Demütigung, die in keinem Widerspruch steht zu dem Begriff von Treu und Glauben. In der weiteren Bestimmung, daß ein nicht zum Schulleiter wiedergewählter Direktor zwar in den Ruhestand übertritt kann, dann aber nicht das höchste Ruhegehalt erhält, liegt für alle Direktoren eine schwere wirtschaftliche Schädigung, für die jüngeren aber der wirtschaftliche Zusammenbruch. Die Behauptung, daß die Direktoren in feiner Weise geschädigt würden, ist irrig. Mit dem an ihnen begangenen Wort- und Rechtsbruch droht auch dem gesamten Beamtenamt eine schwere Gefahr, die dort bereits begriffenweise die größte Verunsicherung hervorgerufen hat. Der Verein sächsischer Schuldirektoren beklagt diese Rechtsverletzung und fordert, daß jene Bestimmung in § 9 aufgehoben und die Regierungsvorlage wieder hergestellt werde.

Die Herren Schuldirektoren malen entschieden zu schwarz. Zu den allermeisten Fällen werden sie sicher wiedergewählt werden. Ueberdies haben sie die Forderung von der Regierung, daß der § 9 des Uebergangsgesetzes loyal angewandt werden soll.

Ein Strafverfahren gegen Leipziger Kommunisten

Die Leipziger Volkszeitung hört, ist gegen die Leipziger Kommunisten Schumann und Zipperer ein Strafverfahren eingeleitet worden. Sie werden beschuldigt, in Leipzig während des Belagerungszustandes von April bis Mai 1919 die rote Fahne herausgegeben und in ihr verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander öffentlich angereizt sowie zum Ungehorsam gegen Gesetze und Verordnungen aufgefordert zu haben.

Verbot einer kommunistischen Zeitung

Das Mitteilungsblatt der R. P. D. des Industriebezirks Chemnitz-Größeberg-Vogland ist vom Militärbesatzhabe auf fünf Tage verboten worden.

Z. Glaucha. Wie gemeldet, waren die Mehrheitssozialisten und die Unabhängigen für die Stadtverordnetenwahl in Glaucha eine Arbeitsgemeinschaft eingegangen und hatten eine gemeinsame Liste aufgestellt. Die Liste der Mehrheitssozialisten und Unabhängigen erhielt 3099 Stimmen, die der Privatangestelltenvereinigung 603, der Deutschen Beamtenbundes Ortsgruppe Glaucha 913, der vereinigten Bürgerlichen Gruppe 226, der Sozialdemokraten 434. Gewählt sind nach privater Zusammenstellung 14 Sozialdemokraten, 3 Privatangestellte, 3 Festbedienstete, 9 vereingete Bürgerliche und 1 Demokrat. 16 Bürgerliche stehen also 14 Sozialdemokraten gegenüber. Das bisherige Verhältnis auf Grund der Wahl vom 9. Februar 1919 war: Mehrheitssozialisten 12, Unabhängige 5, Demokraten 4, Bürgerrat 3, Privatangestellte 2, Beamten- und Lehrerausschuß 2, Sozialer Ausschuß 2. Also standen 17 Sozialdemokraten 13 Bürgerlichen gegenüber.

Stadt-Chronik

Anlagen gegen das Lauchhammerwerk

Kürzlich warfen wir die Frage nach den tatsächlichen Gründen für das Ausbleiben des elektrischen Stroms aus dem Lauchhammerwerk auf. Mit dieser Skalantität, für die einmal die Kohlennot, andererseits die Unlust der Arbeiter als Ursache angegeben wurde, beschäftigte sich am Sonntag auch eine Einwohnerversammlung in Mügeln bei Osdag, das ebenfalls zum Versorgungsgebiet des Lauchhammerwerkes gehört. Die Versammlung faßte eine Entschließung, die nun als Offener Brief an die Lauchhammer-Aktiengesellschaft in Lauchhammer im Mügelnener Angehörigen erscheint und auch der übrigen interessierten Presse zum Abdruck zugeht. Die Entschließung stellt zunächst die enormen Schäden fest, die allen Berufs- und Bevölkerungsgruppen aus der ungenügenden Stromversorgung entstehen, und kommt dann zu folgender Anklage:

Es ist alles versucht worden, das Stromliefernde Werk zu einer besseren Versorgung zu zwingen, zu der es vertraglich verpflichtet ist. Die Heberlandzentrale Gröba im Hauptquartier, alles getan zu haben, was in ihren Kräften steht, die Mängel zu beheben, die zu den vorerwähnten Schädigungen notwendig sind, führen müssen. Eingeklagte Erklärungen lassen nun darauf schließen, daß die der Heberlandzentrale Gröba Stromliefernde Lauchhammer-Aktiengesellschaft die Verteilung der ihr zur Verfügung stehenden elektrischen Energie nicht in der vorgeschriebenen vertraglich vorgesehenen Art und Weise vornimmt. Wenn die Lauchhammer-A.G. ihre dauernden Stromunterbrechungen mit Maschinendefekten, Streiks und Kohlenmangel zu entschuldigen sucht, so ist es uns unverständlich, daß es bei gerader Verteilung des Stromes der Lauchhammer-A.G. bisher immer noch möglich war, ihren eigenen Betrieb ohne merkliche Unterbrechung weiter aufrecht zu erhalten, wohingegen die von den Heberlandzentralen gestellten Unternehmungen ganz gänzliche Betriebsunterbrechungen erleiden mußten.

Wir richten demzufolge an die Lauchhammer-Aktiengesellschaft folgende Frage: Warum wird dem Unterte der beteiligten Heberlandzentralen, einem von jenen begabten portenischen Beamten die gerechte, vertraglich vorgesehene Verteilung der von ihnen erzeugten elektrischen Kraft überzogen zu lassen, nicht fast gegeben?

Es müssen also hier Rücksände vorliegen, deren Klärung im allgemeinen Interesse rasch erfolgen muß und von den Unterzeichneten dringend gefordert wird.

Auf eine energische und gründliche Untersuchung werden alle daran interessierten Städte und Gemeinden dringen müssen. Dazu gibt schon die Feststellung der Arbeitervertreter des Lauchhammerwerkes, daß an allen Angaben der Betriebsleitung kein Wort wahr ist, begründeten Anlaß.

Die neuen Brot- und Mehlpreise

Der Gemeindevorstand Dresden und Umgebung macht bekannt: Wie bereits aus den durch die Presse gegangenen Notizen ersichtlich gewesen ist, haben sich die zuständigen Reichsstellen genötigt gesehen, sogenannte Lieferprämien festzusetzen, um durch sie auf eine möglichst verspäteten Ernte, des frühen Frostes und der Transport- und Schwierigkeiten sind die Anlieferungen an Brotgetreide und Gerste hinter denen des Vorjahres erheblich zurückgeblieben. Hinzu kommt, daß weite Kreise der Landwirtschaft in den jetzigen Preisen ein den gesteigerten Löhnen und Unkosten nicht mehr entsprechendes Entgelt sehen, wodurch die Lieferbereitschaft erheblich leidet. Zur Befreiung aller dieser Schwierigkeiten haben die eingangs erwähnten Lieferprämien zu dienen. Eine Uebernahme des dadurch entstehenden Aufwandes auf das Reich ist mit Rücksicht auf dessen ungünstige Finanzlage ausgeschlossen, so daß die Aufwendungen in den Verbrauchern getragen werden müssen. Da weiter gleichzeitig auch die bisher aus Reichsmitteln durchgeführte Verbilligung des Mehles aufhört, erhöht sich vom 1. Januar 1920 an der Preis für das von der Reichsgetreidestelle gelieferte Mehl um 46,50 M. für den Doppelzentner.

In Anlehnung hieran und unter Berücksichtigung des am 1. Januar 1920 in Kraft tretenden neuen Umfassungssteuergesetzes und der sonstigen gesteigerten Unkosten ergeben sich für das Gebiet des Gemeindevorstandes Dresden und Umgebung (Stadt Dresden, Amtshauptmann-

Die alte Uhr

Von Otto Rille

Nun hatte man die schönste alte Uhr aus der Wohnstube in den dunklen Vorridor verbannt. Ihren Platz hatte eine neue große Standuhr eingenommen. Sie sah vornehm aus mit dem dunkelpolierten Gehäuse, den goldenen Zeigern und Ziffernblättern und den blühenden Genieschen aus Messing. Wenn sie schlug, klang es voll und feierlich wie Kirchenglocken. Alle Besucher bewunderten das neue Stück und lobten den kräftigen Ton, der langsam verklang und ein Summen hinterließ gleich einem lebenden Lied.

„Und was die Hauptsache ist, sie paßt wenigstens zu unserer modernen Einrichtung.“ sagte die Frau des Hauses und alle stimmten ihr bei. Nur der Vater meinte einmal, die neue Uhr habe keine Seele. Und für sich hatte er recht, denn die alte Uhr hatte die Seele der Geburtstunde das bläuliche Licht der alten Uhr hatte die Seele der Geburtstunde und die Todesstunde der Eltern und viele helle und dunkle Stunden geschlagen, und wenn sie ihre Stimme erhob, lag Wissen und Liebe darin. Aber das empfand er nur allein, Wissen und Liebe darin. Aber das empfand er nur allein, wenn die meisten Menschen lieben die äußerliche Schönheit, für die man nur die zwei Augen braucht.

Wahrscheinlich aber hätte der Vater der alten Uhr den Ehrenplatz erhalten, wenn nicht gerade um Weihnachten herum ihre Unverletzlichkeit arg in Frage gestellt worden wäre. Wertvolle Geräusche und Schreie kamen aus ihrem fernhaften alten Leib, und was das Schlimmste war, sie gab die Stunden falsch an. Einmal kam der Vater mittags nach Hause und fand die Mutter hatte das Essen noch nicht fertig. Die Uhr treibt sie Schobener mit mir.“ sagte sie. „Den ganzen Tag bringt sie Schobener mit mir.“ sagte sie. „Den ganzen Tag bringt sie Schobener mit mir.“ sagte sie. „Den ganzen Tag bringt sie Schobener mit mir.“ sagte sie.

der rechten Hand ein Stundenglas und in der linken eine Senfe. Das war Chronos, den die Griechen den Gott der Zeit nannten.

Der lange Minutenzeiger war ganz altersschwarz, aber der kleinere Stundengänger war erst ein halbes Jahr alt und sehr eingebildet, weil sein Messinggewand noch leuchtete. Er hielt sich für einen vornehmen Herrn. „Ich bin ein Rebell!“ sagte er jedesmal und rühte zur nächsten Stunde weiter, wobei er mit Verachtung auf die Minuten blickte, die er überbrump. Die beiden Gewichte an den langen Ketten hätten dem eitelsten Herr gern eine Lektion erteilt und ihn zwingen lassen, aber das forderte besondere Kräfte.

Man ist beinahe aus der Welt.“ dachte die alte Uhr. Sie sah jetzt nur die Leute kommen und gehen, eigene und fremde, aber was nützte das alles, wenn man ihre Gespräche nicht belauschen und an ihren Geschehen Anteil nehmen konnte! In der Silbernacht ward ihr Schmerz am größten. Durch einen Risspalt drang das Licht, sie hörte das Lachen und Gläserklirren und dann wurde sogar gesungen.

„In allen guten Stunden“ —

„Ach, es war herrlich!“

„Was für Karten doch die Menschen sind.“ sagte Chronos und lachte. „Das singen sie nun jedes Jahr und sind lustig, daß sie um ein Jahr älter sind und hoffen auf bessere Zeiten. Aber im nächsten Jahr machen sie die gleichen Dumtheiten.“

„Sie sind eben unverbesserlich.“ stimmte der Minutenzeiger bei. „Das ist gewiß komisch, weil sie doch sonst an jedem Ding herumfuchsen, wo sie es verbessern können. Was haben ich nicht alles gesehen! Verachtungswörter sind die schönste Verachtung und die lebensstündliche Petroleumlampe, denn heute leuchtet man mit kleinen Praxien und nennt das Elektrizität. Und ich habe sogar sagen hören, daß man sie auch zum Felzen und Kochen verwendet und zum Ziehen der Wagen, ohne Pferde, hören Sie, ohne Pferde!“

„Das hören Sie.“ galt dem Stundengänger. Doch dieser war viel zu vornehm, sich auf ein Gespräch einzulassen. „Dummer Schma“, dachte er. „Das war immer so.“ Er konnte es ja nicht anders wissen, weil er erst ein halbes Jahr alt war.

„Man redet auf viele Weisen durch die Luft miteinander.“

ander.“ fuhr der Minutenzeiger fort. „Und kürzlich habe ich durch das Fenster gar einen Menschen fliegen sehen wie einen Vogel, und ein Schiff segelte durch die Luft, als würde es von großen Wellen getragen. Das sind Fabeln! Und das nennen die Menschen Fortschritt. Sie selbst aber bleiben merkwürdigerweise wie sie sind und behalten ihre alten Fehler.“

„Kraak.“ machte das große Gewicht und fant um ein Stettenglied tiefer. „Das ist alles mechanisch, Fortschritt der Mechanik, Mechanik des Fortschritts!“

„Nun, das möchte ich nicht behaupten.“ wandte etwas erregt der Minutenzeiger ein. „Wir sind hier zwar in einem Haus des Genusses, wo man jede Neugier als Selbstverleumdung hinstellt, aber ich erinnere mich recht gut an die Werkstätte meines Schöpfers. Das war ein weiser Mann! Er sah viele Räder, strengte Augen und Gehlen an, um neue Dinge zu erfinden, hämmerte, feilte und baute die wunderbaren Ketten Maschinen. Dann kam es wohl vor, daß sich die Rädchen und Federn prächtig zusammenfügten, aber wenn alles fertig war, ging das Ganze nicht. Und ich weiß nicht, ob es einen größeren Schmerz im Menschenleben geben kann, denn die Menschen sind nicht wie wir, die sich ruhig in das Bestehende fügen. Verarbeitet hat der Mann hin und her, sahste sich an die Schläfe und seufzte: O, du armes Gehirn, und dann grübelte und täfelte er weiter.“

„Das ist wahr.“ meinte kopfnidend Chronos. „Bei dieser Arbeit ist er auch verrückt geworden.“

„Verrückt.“ flüchelte die Stunden-Eif bagwolschen, „wie hübsch das klingt.“ Und dann wurde das Gespräch unterbrochen, weil die Uhr schlafen mußte.

„Das mag alles richtig sein.“ begann nach einer langen Pause das große Gewicht. „Ich will den Fortschritt gar nicht leugnen, aber er ist doch nur Schein, wie die aufgeschämte Schönheit der neuen Standuhr. Innerlich muß man's haben! Und was haben wir nicht jeden Tag aus den Zeitungen vorlesen hören: Verzug, Mord, alle Schreckensfälle der Welt, Mord, Armut und Verzweiflung. Nein, mein Lieber, es dünkt zum Minutenzeiger hinauf, den Menschen fehlt das moralische Schwergewicht, das sie in ehrbaren Sänge hält. Wie ihr da oben tote und gleichgültige Dinge wäret, wenn auch nicht die stittliche Schwere meiner Persönlichkeit wäret!“

(Schluß folgt.)

schaffen Dresden-Alstadt und Dresden-Neustadt die aus der Befreiung...

Der Schrei nach dem Schande

Es ist ein Jahr aus einem Ansehen in der geistigen...

Der neue Roman. Am 2. Januar, in der ersten Nummer...

Krankheit für Kinderbewerber. Das vom Staat über...

Für den Haushalt. Am Freitag und Sonnabend werden...

Nährmittelfreizeug in der Amtshauptmannschaft Dresden...

Kriegsmittelhilfe. Dem Frauendienst 1914 wurde...

Jahresberichts. Am Neujahrstage wird in zwei Ver...

Verlässliche Nachrichten. Ein aus Dresden stammender...

Aus dem Dresdner Partyleben

Dielettschitz und Kasseberg. Mittwoch, abends 7 Uhr...

Lehrer. Wiederholungs- und Umgebungs. Am 1. Januar...

Wahl. Montag den 5. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im...

Wahl. Am 27. Dezember ist der Genosse Bachmann...

Aus Dresdens Umgebung

Thronst. Infolge Schließung der Gleise konnte am...

Stadtverordneten-Sitzung

am 29. Dezember 1919

Unter den Änderungen teilte der Rat mit, daß er dem...

Die Krankenliste in den städtischen Krankenhäusern...

Steuern. Steuerbefähigte die Ausführungen des Vorber...

Der erste Punkt der Tagesordnung betraf eine Wahlber...

Die Revision der unterstellten Wirtschaftlichen...

Die Vorberichterstattung der Polizeikommission...

Die gegen die Vorberichterstattung der Polizeikommission...

Die Finanzverwaltung empfahl deren Annahme unter den...

Die Finanzverwaltung empfahl deren Annahme unter den...

Die Finanzverwaltung empfahl deren Annahme unter den...

Die Finanzverwaltung empfahl deren Annahme unter den...

Die Finanzverwaltung empfahl deren Annahme unter den...

Die Finanzverwaltung empfahl deren Annahme unter den...

Die Finanzverwaltung empfahl deren Annahme unter den...

Die Finanzverwaltung empfahl deren Annahme unter den...

Unter dem Vorzeichen von 15.000 M. wie im Vorjahre...

Die Finanzverwaltung empfahl deren Annahme unter den...

Die Finanzverwaltung empfahl deren Annahme unter den...

Die Finanzverwaltung empfahl deren Annahme unter den...

Die Finanzverwaltung empfahl deren Annahme unter den...

Die Finanzverwaltung empfahl deren Annahme unter den...

Die Finanzverwaltung empfahl deren Annahme unter den...

Die Finanzverwaltung empfahl deren Annahme unter den...

Die Finanzverwaltung empfahl deren Annahme unter den...

Die Finanzverwaltung empfahl deren Annahme unter den...

Die Finanzverwaltung empfahl deren Annahme unter den...

Die Finanzverwaltung empfahl deren Annahme unter den...

Die Finanzverwaltung empfahl deren Annahme unter den...

Die Finanzverwaltung empfahl deren Annahme unter den...

Die Finanzverwaltung empfahl deren Annahme unter den...

Die Finanzverwaltung empfahl deren Annahme unter den...

Die Finanzverwaltung empfahl deren Annahme unter den...

Die Finanzverwaltung empfahl deren Annahme unter den...

Die Finanzverwaltung empfahl deren Annahme unter den...

Die Finanzverwaltung empfahl deren Annahme unter den...

Die Finanzverwaltung empfahl deren Annahme unter den...

Die Finanzverwaltung empfahl deren Annahme unter den...

Bezirksrat Dresden-Alstadt

Montag nachmittag wurde im Sitzungssaal der Amtshaupt...

Der Haushaltplan für die Bezirksverwaltung...

Der Haushaltplan für die Bezirksverwaltung...

Der Haushaltplan für die Bezirksverwaltung...

Der Haushaltplan für die Bezirksverwaltung...

Der Haushaltplan für die Bezirksverwaltung...

Der Haushaltplan für die Bezirksverwaltung...

Der Haushaltplan für die Bezirksverwaltung...

Der Haushaltplan für die Bezirksverwaltung...

Der Haushaltplan für die Bezirksverwaltung...

Der Haushaltplan für die Bezirksverwaltung...

Der Haushaltplan für die Bezirksverwaltung...

Der Haushaltplan für die Bezirksverwaltung...

Der Haushaltplan für die Bezirksverwaltung...

Bezirksrat Dresden-Neustadt

Der Antrag zu den Kosten des Arbeiters- und Soldatenrat...

Der Antrag zu den Kosten des Arbeiters- und Soldatenrat...

Der Antrag zu den Kosten des Arbeiters- und Soldatenrat...

Der Antrag zu den Kosten des Arbeiters- und Soldatenrat...

Der Antrag zu den Kosten des Arbeiters- und Soldatenrat...

Der Antrag zu den Kosten des Arbeiters- und Soldatenrat...

zu berechnen, damit aber auch keinen Anlaß fand, der Kreisbauernschaft und schließlich dem Publikum des Jammers unterbreitet worden. Die Regierung hat den Standpunkt vertreten, daß die Mitglieder des Arbeiterrats Stadt-Dresden mittelbar auch an die beiden Kommunalverbände Dresden-Stadt und -Vorstadt, mindestens in der ersten Zeit, gewickelt habe, und hat deshalb entschieden, daß die Stadt Dresden zwar in der Hauptsache die Kosten leisten zu lassen hat, daß die beiden Amtshauptmannschaften aber hierzu gewillt zu leisten haben, und zwar Dresden-Stadt 10.000 und Dresden-Vorstadt 5.000 M. Die Beiträge sind bis 31. Januar 1920 an die Stadtgemeinde abzuliefern. Nach kurzer Debatte wurde beschlossen, der Bezirksverwaltung die Gewährung des Beitrags von 15.000 M. zu empfehlen.

Bei der Durchführung des Zwischenbauplanes der Bezirksverwaltung auf die Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1920 kam man nochmals auf den Fall Blumberg zurück, der bereits in letzter Sitzung einer feindlichen Besprechung unterworfen worden war. Der Vorsitzende bemerkte, daß die Amtshauptmannschaft die Sache erörtert und auf Grund des Ergebnisses den Grund gewonnen habe, als ob die Form und der Umfang, wie sich die Stelle mit der Weichheit befaßt habe, nicht ganz ihrer Bestimmung entspreche. Es werde ein Ueberblick über den Verlauf der Angelegenheit gegeben werden, womit, wie er hoffe, die Sache sich erledigen werde. Nach den Ausführungen des Berichterstatters hat die Familie Blumberg vom 20. November bis 6. Dezember im Freien gehohnt. Dann ist die Familie zu in der Köhlig wohnenden Verwandten gezogen, die Söhne hat B. aber in der ihm zugewiesenen Wohnung im Gutsauswärtshaus eingetieft. Die Weichnahme der im Hause des Hauptmanns Weiterlein freigegebenen Wohnung ist durch den Wohnungszustand erfolgt, aber nicht zugunsten Blumbergs, weil dies ein Gegenstandsverhältnis von Rechts wegen bedeutet hätte. Genosse Kamm (Vorstad) hatte in der letzten Sitzung die Wohnung im Gutsauswärtshaus zum dauernden Wohnen nicht als geeignet bezeichnet und die in der Siegelstraße befindliche Wohnung für die Unterbringung der Familie B. vorgeschlagen. Dagegen behauptete jedoch mancherlei Redenten. Der Siegelstraßer soll Mitte Januar wieder aufgenommen werden, infolgedessen die Wohnung anderweitig gebraucht wird. Auch hat der Siegelstraßer erklärt, sich der Aufnahme der Familie B. mit allen Mitteln widersetzen zu wollen. Der Hauptmann Weiterlein ist strengbedingter und besagt eine nachträgliche Weichnahme leidende und Wohnungsbefürdigung. Er hat der Familie B. die Wohnung gestündigt wegen des rückständigen Wärmes und brutalen Auftretens des Mannes und wegen der Aufnahme seiner Tochter, die mit ihm und anderer Geschäfte gegen die Mietordnung. Der Bauhauvorstand der Amtshauptmannschaft hat die dem B. zugewiesene Wohnung für ausreichend erklärt, sobald die Feindlichkeit des Sohnes beseitigt sei. B. hat sich auch gemeldet, die in der Siegelstraße befindliche Wohnung zu beziehen, trotzdem sie sowohl vom Sachverständigen als auch von Kamm für geeignet befunden worden ist. Zum Schluß verlas der Berichterstatter noch das Protokoll über die Verhandlung vor dem Mietvermittlungsausschuss. Der Vorsitzende erklärte, dem Bericht Kenntnis zu nehmen. Die Amtshauptmannschaft hätte in diesem Falle alles getan, was in ihrer Macht gelegen habe.

Genosse Kamm: In der kürzlich stattgefundenen Jahresversammlung des Wohnungsvorstandes sei von Vertretern der Wohnungsgemeinschaft die Frage des Mietvermittlungsausschusses Angelegenheit angesprochen worden, weil dieses die Streitigkeiten nicht beizulegen aus dem Gemeinwohl heranziehe, in denen das Streitobjekt liegt. Die ziemlich heftigen Angriffe, die er gegen das Mietvermittlungsausschuss in der letzten Bezirksversammlung gerichtet habe, könne er nicht voll zurückziehen, immerhin hätte die Mündigkeit mit der gegebenen Begründung bei der letzten Wohnungskommunikation nicht ausgesprochen werden sollen. Nach Rücksprache mit Herrn Weiterlein habe er den Eindruck gewonnen, daß dieser ein entgegenkommender und infolge seiner im Felde erlittenen schweren Verwundungen sehr nervös und leidender Mann ist. Inwiefern sei das Wohnungsverhältnis zwischen ihm und der Familie B. ein ungeliebtes und auf die Dauer unhaltbares gewesen. Der Gemeinde Radeberg könne nicht der Vorwurf erpart werden, daß sie nicht schnell genug eingegriffen habe. Inwiefern müsse aber auch werden, daß Blumberg ein außerordentlich komischer Mensch sei, der sich einbilde, daß ihm eine Wohnung nach seinem Willkür einräumt werden müsse. Selbsteinsicht er sie nicht, siehe er überhaupt nicht ein.

Für die Unterbringung erholungsbedürftiger Kinder im Elsaß ist vorbehaltlich der Zustimmung der Bezirksverwaltung, ein Vermögensgeld von 15.000 M. in den Bauplan eingestellt worden.

Neuer beschlößte sich der Bezirksausschuß mit der Frage der Einstellung einer Rindvieh für ein Rindererholungsheim (Waldberghaus) in Höhe von 15.000 M. Der Wohlhabenspräsident ist der Meinung, daß ein solches Rinderheim für den ganzen Bezirk der Amtshauptmannschaft mit Einschluß der selbständigen Pflegebezirke Radeberg und Radeberg geschaffen werden müsse. Die Vorlage löste eine längere Debatte aus, in der von allen Seiten die Notwendigkeit eines solchen Rinderheimes anerkannt wurde. Die geforderten Mittel wurden nur abgelehnt, weil man der Meinung war, daß es sich hier um eine Angelegenheit des Wohlhabenspräsidenten handele. Selbstverständlich wird, wenn dieser die Sache in die Hand nimmt, dies in finanzieller Beziehung auf den Bezirkverband rückwirken.

Vertreterversammlung des Sächsischen Lehrervereins

Dritter Verhandlungstag

Ringe, Ruzsch, spricht über Stelle für die städtische Erziehung in der weltlichen Schule. Der Moralunterricht geniesst sofort Ansehen, wenn man seine praktische Durchführung an Beispielen zeigt. Der Vortragende legt eine Sammlung über die Stelle für die städtische Erziehung in der Schule vor, die keine bloße Vorlesung, sondern nur ein Beispiel dafür sein soll, wie ein Mann für städtische Lebensführung ausgebildet und die Stelle zu städtischer Erziehung ausgebildet werden können. Viele der Gegner der weltlichen Erziehung werden durch diese Stoffsammlung überzeugt werden, daß auch der Unterricht für städtische Erziehung in der weltlichen Schule den Erfolg haben wird, die Kinder zu städtischen Persönlichkeiten heranzubilden.

Die Versammlung stimmte folgenden Grundrissen zur Aufstellung eines Lehrplans für die städtische Erziehung zu:

Die gesamte Schularbeit steht im Dienste der städtischen Erziehung der Jugend.

Wenn die städtische Erziehung, die auf das Kind bauend und nachahmend, besonders in der zur Arbeitsschule angefallenen Schule, eintritt, tritt die städtische Unterweisung.

Die städtischen Unterweisungen haben die Aufgabe, das Kind zur städtischen Erziehung zu führen und auf Gefühl und Willen zu wirken, um so zur Selbstbeziehung im Sinne einer städtischen Lebensführung zu führen und zu bringender Willensführung im Dienste der Gesamtheit zu gelangen.

Zu diesem Zwecke sind dem Kinde die sozialen Beziehungen der menschlichen Lebensgemeinschaften in Vergangenheit und Gegenwart aufzuzeigen und ihm so das Verständnis für seine Stellung in der Gemeinschaft zu erschließen.

Die städtischen Unterweisungen sind Anschauungsunterricht. Er muß in enger Verbindung mit den Erhebungen und Erfahrungen des Kindes stehen.

Stoffe aus Literatur, bildender Kunst, Tonkunst und Geschichte müssen die den Erlebnissen innerwohnenden städtischen Momente in anschaulicher Weise ergänzen und vertiefen.

Der Lehrerberuf ist auf Beispiele aus der Menschheitsgeschichte zu bezeichnen, die das Kind als Vorbild städtischer Lebensführung heranzubilden werden können.

Vom 1. bis 6. Schuljahre finden die städtischen Unterweisungen nicht in besonderen Stunden, sondern bei den sich bietenden Gelegenheiten statt. Dadurch gliedern sich die städtischen Beziehungen des

andern Unterrichtsfächern, deren eigene städtische Werte außerdem mehr als bisher auszuwirken sind, organisch ein.

Auf das 1. bis 4. Schuljahr ist eine Wochenstunde, auf das 5. und 6. Schuljahr sind zwei Wochenstunden für solche Beziehungen in die Zeitverteilung zu freier Verfügung der Lehrer zu übertragen.

In den beiden letzten Schuljahren tritt eine zusammenfassende und abschließende Stunde ein.

Alle diese sind höchstens zwei Stunden anzulegen.

Die städtische Lebensführung nach dem Verhältnisse des Kindes zu den verschiedenen Lebensgemeinschaften (Familie, Schule, Heimat, Volk, Menschheit) behandeln und daraus die städtischen Pflichten ableiten, die dem Menschen gegen sich und die anderen erwachsen.

Besondere religionsgeschichtlicher Unterricht wird nicht erteilt. Die religionsgeschichtlichen Stoffe werden den andern Unterrichtsfächern, z. B. der Erdkunde, der Literatur, besonders aber dem Geschichtsunterricht zugewiesen, dem deswegen mehr Zeit als bisher zur Verfügung zu stellen ist.

In die religiösen Probleme (Ursprung und Sinn der Welt und des Menschen, sein Verhältnis zum Welt u. a.) wird das Kind gegen Ende der Lebensführung herangeführt.

Die städtische Lebensführung ist religiös verankert und wird auch in der städtischen Lebensführung Berücksichtigung finden.

Lebensführung wie Religionen müssen auch in den an die Volksschule anschließenden Schulstufen, für den größten Teil der Jugend also in der Fortbildungsschule, eine Fortsetzung erfahren.

Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt.

Am Schluß der dreitägigen Verhandlungen trat die Versammlung in der Frage des Unberuflichstudiums der Volksschullehrer folgender Entschliessung bei:

Der Sächsischen Lehrerverein bittet die Regierung, unbeschädigt jeden Volksschullehrer auf Grund seines Unberuflichstudiums ohne jede Einschränkung die Berechtigung zum Unberuflichstudium zu erteilen. Diese Bitte ist um so mehr berechtigt und dringend, als seit dem 19. September 1910 vierzehn alten Lehrern die Unberuflichkeit erteilt hat. Bei dem hohen Entlohnungsstand der städtischen Lehr- und Lehrerinneamt, die überdies eine dreijährige Ausbildungsgeld kennen gegenüber schuldlos in Pension, können letztgenannte Arbeiten nicht in Frage kommen.

andem Unterrichtsflächen, deren eigene städtische Werte außerdem mehr als bisher auszuwirken sind, organisch ein.

Auf das 1. bis 4. Schuljahr ist eine Wochenstunde, auf das 5. und 6. Schuljahr sind zwei Wochenstunden für solche Beziehungen in die Zeitverteilung zu freier Verfügung der Lehrer zu übertragen.

In den beiden letzten Schuljahren tritt eine zusammenfassende und abschließende Stunde ein.

Alle diese sind höchstens zwei Stunden anzulegen.

Die städtische Lebensführung nach dem Verhältnisse des Kindes zu den verschiedenen Lebensgemeinschaften (Familie, Schule, Heimat, Volk, Menschheit) behandeln und daraus die städtischen Pflichten ableiten, die dem Menschen gegen sich und die anderen erwachsen.

Besondere religionsgeschichtlicher Unterricht wird nicht erteilt. Die religionsgeschichtlichen Stoffe werden den andern Unterrichtsfächern, z. B. der Erdkunde, der Literatur, besonders aber dem Geschichtsunterricht zugewiesen, dem deswegen mehr Zeit als bisher zur Verfügung zu stellen ist.

In die religiösen Probleme (Ursprung und Sinn der Welt und des Menschen, sein Verhältnis zum Welt u. a.) wird das Kind gegen Ende der Lebensführung herangeführt.

Die städtische Lebensführung ist religiös verankert und wird auch in der städtischen Lebensführung Berücksichtigung finden.

Lebensführung wie Religionen müssen auch in den an die Volksschule anschließenden Schulstufen, für den größten Teil der Jugend also in der Fortbildungsschule, eine Fortsetzung erfahren.

Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt.

Am Schluß der dreitägigen Verhandlungen trat die Versammlung in der Frage des Unberuflichstudiums der Volksschullehrer folgender Entschliessung bei:

Der Sächsischen Lehrerverein bittet die Regierung, unbeschädigt jeden Volksschullehrer auf Grund seines Unberuflichstudiums ohne jede Einschränkung die Berechtigung zum Unberuflichstudium zu erteilen. Diese Bitte ist um so mehr berechtigt und dringend, als seit dem 19. September 1910 vierzehn alten Lehrern die Unberuflichkeit erteilt hat. Bei dem hohen Entlohnungsstand der städtischen Lehr- und Lehrerinneamt, die überdies eine dreijährige Ausbildungsgeld kennen gegenüber schuldlos in Pension, können letztgenannte Arbeiten nicht in Frage kommen.

Der Entbecker des Barockstils

Seiten hat die wissenschaftliche Forschung eines Gelehrten eine so gewaltige unmittelbare Wirkung auf seine Zeit ausgeübt wie die kunstgeschichtlichen Forschungen von Cornelius Gurlitt, unserem hervorragenden Dresdner Kunstforscher, der am 1. Januar seinen 70. Geburtstag feiert. Die Kunst des Barock, die heute ebenbürtig neben der der Gotik steht und für unsere junge Kunst in vieler Hinsicht vorbildlich wurde, ist durch ihn der Betrachtung und Vergegenständlichung entzogen, überhaupt erst wieder neu entdeckt worden. Als er in den Jahren 1867 bis 1899 seine bahnbrechende dreibändige Geschichte des Barockstils veröffentlichte und über die architektonischen Wunder dieser Kunst in Italien, Frankreich, England, Belgien, Holland und vor allem auch in Deutschland zum erstenmal einen umfassenden Überblick gab, da war ein Keim der Kunstgeschichte erweckt, und die Forschung ist dem auf den Spuren Gurlitts fortgeschritten, hat uns gezeigt, daß jenes 17. und 18. Jahrhundert, in dem ein Keim und Prandauer, ein Pöppelmann und Stengel, ein Schüller und Donner schufen, eine ebenso prächtige Kunst hervorbrachte wie Gotik und Renaissance.

Aber nicht nur die berauschten Schöpfungen der Vergangenheit hat dieser neue Kulturwerte schaffende Gelehrte wieder zum Leben erweckt, sondern auch für die Kunst seiner Tage ist er mannhaft eingetreten. Mit seinem Bruder zusammen, dem unvergessenen Kunstforscher Fritz Gurlitt, kämpfte er für die Anerkennung der Weimarer und Weimarer, der Thoma und Ullmer und Ringler und Albrecht, jener Meister, die wie heute als Künstler der modernen Kunst verehrt, denen aber in den 70er und 80er Jahren des 19. Jahrhunderts eine Platz von John und Verachung entgegenbrachte. Gurlitt hat diesen Kampf für die neue Kunst und ihre Entfaltung in seiner weitverbreiteten Kunstgeschichte des 19. Jahrhunderts dargestellt, der lebendigen und persönlichen Kunstgeschichte, die wir besitzen, einem Buch, das als Quellwerk unveraltet bleiben wird.

Seine Persönlichkeit befähigte Gurlitt wie keinen andern auf dieser Aufgabe. Als Sohn eines bedeutenden, lange verstorbenen Rades gehörte, empfing er von dem Vater Louis gleichsam als Familienüberlieferung den Sinn für die scharfe Beobachtung der Natur, einen feinen Geschmack und ein unbeeinträchtigt Urteil, wuchs er in einem hochgebildeten Kreise auf, in dem die Kunst nur als ein Teil des geistigen Schaffens und der Kultur eines Volkes erschien. Durch seine Reisen erwachte er sich eine ausgebreitete Kenntnis der Denkmäler, die ihn befähigte, das Nächste und das Fernste mit gleicher Liebe zu umfassen. In seiner ersten Arbeit im Jahre 1877 beschäftigte er sich mit einem Problem, der Vorgeschichte Dresdens, der Stadt, in der er mit kurzer Unterbrechung nunmehr durch 30 Jahre wohnt, und diese Arbeiten zur Weimarer und sächsischen Kunstgeschichte, zu denen er immer wieder zurückkehrt, hat er geknüpft in dem großen Inventarisierungswerk der Bau- und Kunstdenkmäler des Königreichs Sachsen. Für die Entwicklung der Denkmalpflege und des Denkmalschutzes ist er mannhaft eingetreten, und stets stand er an erster Stelle, wo es galt, ehrwürdige Bauten von sinnlosen Restaurierungen zu schützen. Die Erhaltung des Weimarer Schlosses verdanken wir zum großen Teil seinen unermüdbaren Bemühungen, wie er überhaupt in einer ausgebreiteten schriftlichen Tätigkeit für die künstlerische Erziehung unseres Volkes sehr viel getan hat.

Gleichzeitig aber hat er auch grundlegende Arbeiten über die Baukunst Spaniens, die Architektur Konstantinopels geschaffen, hat uns eine Meisterbiographie des größten deutschen Barockmalers Schüller geschenkt, die Kunst der Barockmalerei in Deutschland eingeführt, und so war er befähigt, eine Geschichte der Kunst zu schreiben, in der er das ungeschore Gebiet in ganz persönlicher Weise beherrschte und in enge Beziehung zur allgemeinen Geschichte setzte. So kann er an seinem 70. Geburtstag auf ein reiches und wirkungsvolles Schaffen zurückblicken.

Der Plan einer Staatshochschule für Musik

und lebende Musik in Dresden wurde gestern durch einen Empfang im Kultusministerium weiter gefördert, wo im Anwesenheit des Ministerpräsidenten Dr. Gradnauer, des Kultusministers Geheilig und von Vertretern der Ministerien des Innern und der Finanzen sowie der Stadt Dresden und der Staatskanzlei ausführliche Unterlagen überreicht wurden. Geheimrat Dr. Wolpog an der Spitze einer Abordnung des vorbereitenden Ausschusses legte über die zahlreichen sächsischen und auswärtigen Entwürfen über die Planung einer Staatshochschule vor, die Ziel und den Aufbau des neuen Kulturforums darlegend und die vielseitigen Einwände (die wirklich in der Vollstimmung laut wurden) widerlegend. Der Ministerpräsident betonte, daß er, ohne sich für die Staatsregierung bieten zu können, große Sympathien für das Unternehmen habe, und auch der Kultusminister verhielt sich — nachdem von Geheimrat Gradnauer, Prof. Sagemann, Dr. Zimmermann, Prof. Günter noch auf Einzelheiten sowie die Bedeutung des neuartigen Gesamtplanes dargelegt wurden — daß er dem Plan prinzipiell sehr wohlwollend gegenüberstehe und seine Förderung mit allen Kräften weiter verfolgen wolle; die Kunst müsse heute nicht als Luxus, sondern als Lebensnotwendigkeit gemertet werden.

Staatsverwaltung und Kunstpflege im Freistaat Sachsen

Der Direktor im sächsischen Ministerium des Innern, Dr. J. Schmidt, hat seinen im Auftrag des 6. Regier. in Leipzig ein Großbüro erhalten, in dem er einen großzügigen gang un-

gewöhnlichen Plan einstellt zur Lösung aller Punkte — Abgaben, Steuern usw. — von den Hauptämtern und zur Schaffung einer Zentralstelle außerhalb der Ministerien, der alle Aufgabenstellungen unterstellt werden sollen. Es stellt in Sachsen voraus eine ähnliche Stelle, von der aus die gesamten Angelegenheiten des Staates zur Befriedigung durch nur übersehen werden können. Es für die Erziehung einer Autonomie nicht selten und Ministerien unabhängig sind und die Verantwortung dieser Arbeit fortwährenden Art oft erst von der Handlung nach einander über Zuschussangelegenheiten abhängig ist, kann unter dem jetzigen Verhältnisse von einer einheitlichen Leitung der vielfach ineinander greifenden Geschäfte gar keine Rede sein. Da in Preußen an allen Stellen die gleichen oder ähnliche Zustände herrschen, verdient die Schaffung der 34 Stellen umfaßt und 1-10 M. höher, weit über den jetzigen Stand hinaus bei allen Anträgen der Kunst und Förderung des Freistaates größte Beachtung.

Dresdner Kalender

Theater am 31. Dezember. Opernhaus: Daniel und Gabriel (5). — Schauspielhaus: Robert und Hermann (5). — Albert-Theater: Die sieben Mädel (5). — Unter den Linden (7). — Residenz-Theater: In Waldmännlein Reich (2 1/2). — Hoftheater (5 1/2). — Central-Theater: Die Frau im Himmel (7).

Sportartikell

Arbeiter-Turn- und Sportbund. Sonntag, 31. Dez.: Silvesterfeier in Süßen. Abmarsch 1/2 Uhr von Süßen. — Triebitz-Kotta. 1. Jan.: Radmittingpartie nach Köhlitz. Abmarsch 1/2 Uhr von der Triebitz. — Töhlen-Weißig. Silvesterball im Palais Gasthof, Töhlen. 4. Jan., 2 Uhr: Generalversammlung im Köhlitz Restaurant, Köhlitz. — Chemnitz. 4. Jan., nachm. 3 Uhr: Generalversammlung in der Paulstraße. — Chemnitz. 4. Jan., nachm. 3 Uhr: Generalversammlung im Jägerhof. — Chemnitz. 31. Dez.: Silvesterfeier im Stadion in Stritz.

Lehrervereine Die Naturfreunde. Dresden. 31. Dezember: Silvesterfeier im Naturfreundehaus am Brühl. Abmarsch nachmittags 4 1/2 Uhr vom Hauptbahnhof nach Coburg. 1. Januar 1920: Radmittingtour: Seifersdorfer Tal. Abmarsch: 1 1/2 Uhr vom Hauptbahnhof. 4. Januar: Radmittingtour nach dem Goldenen Stiefel, Geberggrund, Hummelwitz. Abmarsch: 1 1/2 Uhr Leubitz-Neustadt. Exhibition Straßenbahnlinie 8. 6. Januar: Radmittingtour in den Tharandter Wald. Abmarsch: 1 1/2 Uhr vom Hauptbahnhof. Exhibition Straßenbahnlinie 22. — Leuben. 31. Dezember: Silvesterfeier im Restaurant zur Laube, Radeberg. 4. Jan.: Radmittingtour. Abmarsch: 1 1/2 Uhr vom Hauptbahnhof. 6. Jan., nachmittags 2 30 Uhr: Generalversammlung im Särgerheim, Rabenau.

Arbeiter-Aktionen. 8. Jan.: Vorkämpfe im Reich und Mitteldeutschland zum Städtefest Leipzig-Dresden. Anfang 8 Uhr. 18. Jan.: außerordentliche Kreisdelegiertenversammlung; jeder Verein hat zwei, die auswärtigen Vereine einen Delegierten zu entsenden. 17. Jan.: Kreisdelegiertenversammlung in Leipzig, Leipziger Straße. — Arbeiter-Sport-Klub Delfor. 6. Jan.: Generalversammlung im Vereinslokal, Johann-Frederik-Straße 8. — Arbeiter-Klub Simon, Deuben. 28. Jan.: Generalversammlung in der Pestinburg.

Vereinigte Dresdner Arbeiterjugend. Heute Dienstag Sitzung des engeren Ausschusses. Sonntag, 9. Uhr. Zentraloberleitungsversammlung. — Der Anruf der Arbeitergemeinschaft läßt heute aus.

Bücher und Zeitschriften

Kunstsche Zukunft von Hermann v. Rosen. Theodor Sauer Verlag, Berlin. 60 Seiten. 2,25 M.

Die Wandlung mit England, der Schlüssel unserer künftigen auswärtigen Politik, von Robert Trapp. Theodor Sauer Verlag, Berlin. 104 Seiten. 6 M.

Gedanken zum Ausbau der Volkshochschule von Dr.-Ing. Rich. Müller, a. Professor an der Technischen Hochschule Dresden. Oscar Laube Verlag, Dresden. 10 Seiten. 1,50 M.

Lehrervereine Freizeiter und Pauline Feinzeichnungen an den Jahresfesten 1914. Mit einer einleitenden kritischen Studie herausgegeben von Friedrich W. Riedelien. R. J. Kochler Verlag, Leipzig. 246 Seiten. Gebunden 20 M.

FROCHKÖNIG SPRICHT



Nicht der Preis sagt, ob ein Mittel billig ist, sondern die Qualität.

Alle guten Eigenschaften vereinigt der Schuhputz

Erdal

schwarz, gelb, braun, rotbraun
Alkoholischer, Wiener & Hirt, Hana

Amerikanische Journale für die neuzeitliche Buchführung

in vielen Größen bis 16 Konten am Lager.

Anfertigung nach Vorschrift in bekanntester Ausführung

Geschäfts- **M. & R. Zocher**
Bücherfabrik Annaberger Str. 9, Plauenische Str. 21

Wärmemaschinen u. Wringmaschinen
neue und gebrauchte
1 Jahr Garantie

Grammophone **Atford-Zithern**
Schallplatten
Theodor Sander, Dr.-Kotta, Seifenfabrik Str. 84

Einladung zur Sitzung des Bezirksausschusses
 Freitag den 19. Januar 1920, vormittags 10 Uhr
 im kleinen Sitzungssaal der Amtshauptmannschaft
 Zugsformung 104.
 Dresden-Mittadt, den 21. Dezember 1919.
 Der Amtshauptmann.

Brot- und Mehlversorgung des Gemeinverbandes Dresden u. Umg. (Stadt Dresden, Amtshauptmannschaften Dresden-Mittadt und Dresden-Neustadt) im Erntejahr 1919/1920.

Zur Abdeckung der Bekannmachung vom 22. Oktober 1919 und des Nachtrags hierzu vom 6. November 1919 wird für das Gebiet des Gemeinverbandes Dresden und Umgebung folgendes bestimmt:

- Kritik I.**
- § 1. 100 Kilogramm Roggenmehl bis zu 18 Prozent durchgemahlen 12,40 M.
 - § 2. 100 Kilogramm Weizenmehl bis zu 10 Prozent durchgemahlen 12,40 M.
 - § 3. 100 Kilogramm Weizenmehl bis zu 24 Prozent durchgemahlen 12,40 M.
 - § 4. 100 Kilogramm Weizenmehl bis zu 36 Prozent durchgemahlen 12,40 M.
 - § 5. 100 Kilogramm Weizenmehl bis zu 48 Prozent durchgemahlen 12,40 M.
 - § 6. 100 Kilogramm Weizenmehl bis zu 60 Prozent durchgemahlen 12,40 M.
 - § 7. 100 Kilogramm Weizenmehl bis zu 72 Prozent durchgemahlen 12,40 M.
 - § 8. 100 Kilogramm Weizenmehl bis zu 84 Prozent durchgemahlen 12,40 M.
 - § 9. 100 Kilogramm Weizenmehl bis zu 96 Prozent durchgemahlen 12,40 M.

Die Preise gelten brutto für netto ab Lager oder Waggon einschließlich Sack.

Der Getreideanbau an Roggen und Weizen für die Abgabe an Bäder und Nebenbetriebe im Auslieferungsbereich darf einschließlich Produktionskosten, Transport und bei Zulassung durch die Behörde bis zum Ende des Jahres den Höchstpreis von 6,75 M. für 100 Kilogramm nicht überschreiten.

Kritik II.

§ 1. Brot mit dem 1. Januar 1920 in Kraft.
 Samstagsbrot werden nach § 50 der Bekannmachung vom 22. Oktober 1919 befreit.

III. Die vorerwähnten Preise verstehen sich ab Lager des Müllers, sofern dieses in der Quelle weniger als zwei Kilogramm mit dem nächstgelegenen Bahnhof oder dem Schachtelwerk ist.

IV. Bei Lieferungen von Roggenmehl an Bäder und Nebenbetriebe im Auslieferungsbereich sind die Getreideanbauer eines bestimmten Jahres unter Berücksichtigung der Umstände bei der Anbahnung schriftlich nachzuweisen. Der Gewerkschaftsbesitz der Bäder und Nebenbetriebe sind die in Frage kommenden Bäder zur Sicherstellung nicht berechtigt.

V. Die Lieferungen von Roggenmehl an Bäder und Nebenbetriebe im Auslieferungsbereich sind die Getreideanbauer eines bestimmten Jahres unter Berücksichtigung der Umstände bei der Anbahnung schriftlich nachzuweisen. Der Gewerkschaftsbesitz der Bäder und Nebenbetriebe sind die in Frage kommenden Bäder zur Sicherstellung nicht berechtigt.

Verteilung von Auslandsmargarine.
 Freitag den 2. und Samstag den 3. Januar 1920
 wird befristet:

- § 1. Die angemeldete Produktionsmenge der Stadt Dresden, Dezember 0 mit 20 Gramm Auslandsmargarine.
- § 2. Die angemeldete Produktionsmenge für Großverbraucher mit 40 u. 80 Gramm Auslandsmargarine.

Bestandsaufnahme über Brotgetreide, Gerste und Weizen aus Brotgetreide und Gerste mit Beginn des 1. Januar 1920 betr.

Für den Bezirk der Amtshauptmannschaft Dresden-Mittadt wird auf Veranlassung des Direktoriums der Reichsbrotbehörde vom 12. Dezember 1919 folgendes bestimmt:

§ 1. Amtliche Mäßen, Bretfabriken, Säulen und Waagen, die mit Beginn des 1. Januar 1920 vorrätig an Brotgetreide, Weizen und Gerste sowie an Mehl, das aus Brotgetreide und Gerste hergestellt ist, haben und verpackt, diese vorrätig gehalten nach Art und Gattung:

Nährmittelverteilung.

§ 1. Von dem für die Amtshauptmannschaft Dresden-Mittadt auf die Zeit vom 1. Dezember 1919 bis 1. Januar 1920 auszubehaltenden Nährmittelarten werden:

- Abchnitt I der Nährmittelliste A mit 15 Gramm Getreide und 50 Gramm Weizenmehl.
- Abchnitt II der Nährmittelliste B mit 15 Gramm Getreide und 40 Gramm Weizenmehl.
- Abchnitt III der Nährmittelliste C mit 15 Gramm Getreide und 30 Gramm Weizenmehl.
- Abchnitt IV der Nährmittelliste D mit 20 Gramm Getreide.

Die Abchnitte I bis IV sind in einem Kleinhandelsabchnitt am 2. und 3. Januar 1920 anzumelden und vom Geschäftsinhaber in der üblichen Weise anzuordnen und werden bis zum 5. Januar 1920 an den zuständigen Gruppenführer abgegeben.

Die Gruppenführer haben die Abchnitte I bis IV nach vorheriger Zustimmung bis zum 7. Januar 1920 an die Gemeinverbände zu übergeben und die von den Gemeinverbänden angeforderten Meldungen bis zum 8. Januar 1920 an die zuständige Versorgungsstelle einzuliefern. Die die Meldungen betreffend bis zum 9. Januar 1920 an die Amtshauptmannschaft Dresden-Mittadt zu übergeben.

Ang. Dr. med. Einecker
 Spezialarzt für Krankheiten der Harnwege und der Haut
 hat von jetzt an Sprechstunden wochentags 12-1 und 4-6 Uhr, Sonnabends nachmittags unbestimmt.
 Rosmaringasse 11. Ecke Schlossstr., Tel. 18192.

Ferdinand Rieck
 4. Unterbezirk, Gruppe 3.
 Allen Parteimitgliedern zur Kenntnis, daß Sonntag den 21. Dezember unter aller Umhüllung

Stereotypen Max Funke
 im Alter von 60 Jahren.
 Dies geht mit der Witte um dieses Beleid samers-erhält an
 Welcher Dittich den 21. Dezember 1919
 Langauer Straße 2

Ballonbahnen für Mägen, Kleider und Wäsche
 verkauft preiswert nach Gewicht
Georg Jacoby, Altmarkt 10, I.

In jedem Haus gehört eine
Naumann - Nähmaschine
 das Erzeugnis heimischer Industrie!
 Reparaturen ausgeführt, prompt und billig.
Karl Winkler G. m. b. H.
 Hauptniederlage Seidel & Naumann
 Straußstraße 9 und König-Johann-Straße 10.
 Verlangen Sie Kataloge unsere Preisliste. Fernsprecher: 1303

Für künstliche, auch zerbrochene
Gebisse
 Brennstifte, Platin, alte Gold- u. Silbergegensätze
 höchster Tagespreis.
 Webbergasse 22, II., rechts.

Alte künstliche Zähne
 ganze und zerbrochene Gebisse
Brennstifte, Tegel, Platin
 Gr. Brüdergasse 21, I. rechts

Künstliche Zähne, Brennstifte
 höchster Preis.
Hotel Amalienhof
 Amalienstraße 24, I. Etage, Zimmer 5, von 9 Uhr früh bis 6 Uhr abends.

Alte Zähne, Brennstifte
 höchster Preis.
30, 2. Wildruffer Straße 80, 2.

Felle nur Gruner Str. 22, I. Felle
 Rohes gute Kärschmerware
Felle
 kauft

Einkauf von Fellen
 gute Kärschmerware
Felle
 kauft

W. Schwarz, Weltlinerstr. 39, I.
 Altes Zinn, Zink, Kupfer, Messing
 Blei, Stanniol, Flaschenkapseln
 Quecksilber, Schokoladenpapier

Fräulein
 Hautjucken
 Krätze

Fräulein
 Hautjucken
 Krätze

Fräulein
 Hautjucken
 Krätze

Fräulein
 Hautjucken
 Krätze

Fräulein
 Hautjucken
 Krätze

Fräulein
 Hautjucken
 Krätze

Vertical text on the right edge of the page, partially cut off.